

**Protokoll
zur 16. Tagung des Stadtrates Niesky am 07. März 2011**

öffentlich

Anzahl der Stimmberechtigten:	19
davon anwesend:	17
entschuldigt:	Herr Müller (krank) Herr Reimann (privat)
Anzahl der Gäste:	17
Tagesordnung:	siehe Einladung
Tagungsleitung:	Herr Rückert, Oberbürgermeister
Tagungsort:	Jahnhalle Niesky
Beginn:	18.00 Uhr
Ende:	20.08 Uhr

Gefasste Beschlüsse:

Beschluss Nr. 9/2011

Beschluss des Stadtrates der Großen Kreisstadt Niesky zur Bestätigung des Beschlusses des Technischen Ausschusses über die Stellungnahme der Großen Kreisstadt Niesky zur Auslegung von Planunterlagen für das Anhörungsverfahren zur Planfeststellung nach § 18 AEG für das Bauvorhaben "Ausbau und Elektrifizierung der Bahnstrecke Knappenrode-Horka-Grenze (D/PL), Genehmigungsabschnitt 2 b (km 22,300 - km 29,900)
Abstimmung: 17/0/0

Beschluss Nr. 10/2011

Anpassung der Öffnungszeiten des Zentralen Schulhortes
Abstimmung: 17/0/0

Beschluss Nr. 11/2011

Veränderte Ladenöffnungszeiten an Sonntagen im Jahr 2011 in der Stadt Niesky
Abstimmung: 17/0/0

Beschluss Nr. 12/2011

Initiative zur Kennzeichenliberalisierung
Abstimmung:17/0/0

Beschluss Nr. 13/2011

Beschluss über die 1. Änderung des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Großen Kreisstadt Niesky
Abstimmung: 17/0/0

Beschluss Nr. 14/2011

Beschluss zur Änderung des Teilflächennutzungsplanes der Stadt Niesky im Bereich Niesky/OT See, Weiße Grube, an der S 121 (Kiessandgrube), Gemarkung Niesky, Flur 11, Flurstück 211/8
Abstimmung: 16/0/1

Beschluss Nr. 15/2011

Beschluss über die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Biogasanlage Sandtagebau See" in Niesky/OT See (Gemarkung Niesky, Flur 11, Flurstück 211/8)
Abstimmung: 16/0/1

Beschluss Nr. 16/2011

Eintragung einer Grundschuld
Abstimmung: 16/1/0

Beschluss Nr. 17/2011

Beschluss über den Verkauf einer Grundstücksfläche im Wohngebiet Wiesenweg
Abstimmung: 17/0/0

TOP 1

Eröffnung, Tagesordnung, Protokoll

Der Oberbürgermeister eröffnet die 16. Tagung des Stadtrates Niesky und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung zu dieser Sitzung wird von den Stadträten bestätigt. Zum Protokoll über die öffentliche Februar-Sitzung wünschen die Stadträte folgende Korrekturen bzw. Ergänzungen:

Frau Lorenz:

Protokoll Seite 2, Abstimmungsergebnis zu Beschluss Nr. 4/2011 muss lauten: 15/0/0.

Bei der Bekanntgabe der nichtöffentlichen Beschlüsse Nr. 80 und 81/2010 fehlen die Abstimmungsergebnisse. Beide Beschlüsse wurden im Februar unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt; eine nachträgliche öffentliche Bekanntgabe mit Name und Adresse - unter anderem auf der Homepage der Stadt Niesky - widerspricht dem Schutzbedürfnis der Betroffenen.

Der Oberbürgermeister erkennt den Widerspruch in der Verfahrensweise; es muss geklärt werden, wie zukünftig mit derartigen Veröffentlichungen umzugehen ist.

(Nachtrag der Verwaltung:

Beschluss Nr. 80/2010 - Erlass von Gewerbesteuer - Abstimmung mit 16/0/0

Beschluss Nr. 81/2010 - Beschluss zur Errichtung einer Beamtenstelle - Abstimmung mit 2/13/1)

Herr Giese:

Protokoll Seite 5, 1. Absatz: Gibt es neue Informationen zur Finanzierung der Straßenbeleuchtung im Ortsteil Kosel?

Kämmerin Frau Hoffmann verneint; ein Bescheid der SAB liegt noch nicht vor.

Herr Simmank:

Protokoll Seite 14, letzter Absatz: Es wurde nicht der Hort See, sondern der Zentrale Hort in Niesky angesprochen.

Herr Konschak:

Protokoll Seite 6, 5. Absatz: Fragesteller war nicht Herr Konschak, sondern Herr Kagelmann.

Protokoll Seite 14, 3. Absatz: Die Bürgerversammlung im Ortsteil See zur Thematik Bahnausbau findet nicht am 19. März, sondern bereits am 9. März statt.

Herr Konschak appelliert an alle Fraktionen, an dieser Versammlung teilzunehmen.

TOP 2

Bürgerfragestunde, Anfragen und Anträge der Stadträte

Herr Franke, Vorstandsmitglied des Vereins der Freunde des Gymnasiums Niesky, spricht die unbefriedigende Situation zur Rasenpflege auf dem Park der Generationen an. Seit Monaten stagnieren die Verhandlungen zwischen Stadt und Verein. Der Vorstand erwartet von der Stadt klare Zusagen bezüglich einer Unterstützung für die notwendigen Pflegemaßnahmen. Bisher erfolgte die unentgeltliche Mahd durch die Firma Tschauder, die aber diese Leistungen jetzt nicht mehr auf Spendenbasis durchführt. Die jährlichen zwei Rasenschnitte durch den Bauhof hält der Verein für nicht ausreichend; die Fläche müsste viermal gemäht werden. Erfahrungsgemäß verkommt das Gelände bei zu hohem Grasbewuchs schnell zu einer Mülldeponie. Anstelle der Arbeitsleistungen des Bauhofes wäre der Verein auch bereit, mit Hilfe einer finanziellen Unterstützung - es wird von 400 EUR ausgegangen - die Pflege selbst zu übernehmen.

Herr Mrusek und Herr Funke erkundigen sich nach Details eines eventuellen Vertrages, wobei Herr Mrusek vorschlägt, entsprechende Angebote einzuholen.

Herr Rückert: Aus haushaltsrechtlichen Gründen ist die Zahlung eines Zuschusses von 400 EUR zu vage, da wesentlich höhere Kosten zu erwarten sind. Die Zahlung eines Zuschusses und gleichzeitig die Pflege durch den Bauhof sind nicht realisierbar.

Herr Simmank meint, dass die Stadt das Anliegen des Vereins unterstützen solle, und Frau Beinlich fragt, welche Variante (Zuschuss oder Arbeitsleistung durch den Bauhof) günstiger wäre.

Herr Bachmann geht von 1.000 EUR jährlichen Kosten aus. Am günstigsten wäre es, dem Verein vertraglich 400 EUR zu zahlen und er führt die Mahd selbst durch. Mehr als zweimal im Jahr kann aus Kapazitätsgründen der Bauhof dort nicht arbeiten.

Herr Funke fragt, was denn eigentlich generell mit der Stadt vereinbart gewesen sei.

Herr Franke bestätigt die Zusage zur zweimaligen Mahd durch den Bauhof; allerdings fehlten anfangs die Erfahrungen, und das Ausmaß der Arbeiten war noch nicht überschaubar.

Herr Buchmann ergänzt, dass die Pflege der Baumscheiben von den Gymnasiasten übernommen wurde.

Die ungünstigen Bodenverhältnisse erfordern aber eine intensivere Bearbeitung. Herr Buchmann unterstreicht, dass der Verein jetzt finanziell an seine Grenzen gestoßen ist, zumal von ihm der Ankauf der Bäume vorfinanziert wird.

Die Überlegungen mehrerer Stadträte, unter anderem den Hausmeister des Gymnasiums in die Pflege einzubeziehen, führen zu keinem Ergebnis.

Herr Rückert hält die Modifizierung der Vereinbarung für unverzichtbar. An dem zweimaligen Grasschnitt ist festzuhalten; bei einer üppigen Vegetation könnte eventuell eine dritte Mahd in Erwägung gezogen werden.

Anschließend äußern sich mehrere Anwohner der Mittelstraße im Ortsteil See zum Bahnausbau und zur eventuellen Verlegung des Bahnübergangs vom jetzigen Standort Lange Straße zur Mittelstraße hin. Durchgängiger Tenor der Anwohner ist, den Bahnübergang Lange Straße zu belassen. Sie sehen in der Verlagerung des Übergangs in Richtung Mittelstraße nur Nachteile. So müssten dort unter anderem die Wege auf ein einheitliches Niveau angehoben werden. Der Kreuzungsbereich Postweg/Mittelstraße ist bereits jetzt ein Unfallschwerpunkt, und die Anwohner befürchten zusätzliche Gefahrensituationen für die Kinder an dem stark frequentierten Weg zur Schule. Die Kosten für die Verlegung des Bahnübergangs und der damit verbundene notwendige Ausbau der Mittelstraße stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen. Angezweifelt wird ebenso, ob der Lärmschutz ausreichend sein wird.

Auch von Seiten der Jägerschaft wird die Verlegung des Bahnübergangs mit Sorge betrachtet, denn das Wild müsste auf andere Wechsel ausweichen.

Die Anwohner der Mittelstraße nahmen Kontakt zu dem verantwortlichen Planer der Deutschen Bahn AG auf. Von der Bahn wurde erklärt, dass das Unternehmen selbst nicht die Verlegung des Übergangs favorisiert. Die Anwohner gelangten durch diese Aussage zu der Auffassung, dass nur die Stadt an einem neuen Bahnübergang an der Mittelstraße interessiert ist. Die Bewohner sind von diesen Bestrebungen brüskiert.

Herr Rückert stellt Folgendes klar: Ausgangsüberlegung in der damaligen Stellungnahme war der Lärmschutz und nicht die Straßenführung. Die Verlegung des Bahnübergangs bringt erhebliche Vorteile für einen verbesserten Lärmschutz.

Der Stadtrat hat in seiner Stellungnahme zum Ausbauvorhaben im Bereich See eindeutig ausgedrückt, dass die Prüfung einer Lärmschutzvariante an der Lange Straße/Mittelstraße gewünscht wird. Diese Variantenprüfung wird die Deutsche Bahn jedoch erst vornehmen, wenn die Stadt einer geänderten Verkehrsführung zustimmt. Für alle Anwohner soll eine möglichst optimale Lärmschutzlösung gefunden werden.

Der Oberbürgermeister bezieht sich auch auf die zuvor von Herrn Bachmann getroffene Aussage, dass im Falle einer favorisierten Verlegung des Übergangs das gesamte Planfeststellungsverfahren erneut aufgenommen würde. Die Bürger haben dann wiederum die Möglichkeit zur Meinungsäußerung.

Herr Rückert geht anschließend auf die von einem Bürger angesprochene Verkehrsführung näher ein: Für das Verkehrsaufkommen herrschen auf der Lange Straße schlechtere Bedingungen, da sich hier auf engem Raum Pkw-Fahrer, Fußgänger und Radfahrer die Bahn teilen müssen. Auf der Mittelstraße kann sich der Zustand, auch im Interesse der Sicherheit, nur verbessern. Sollte die Deutsche Bahn aus Lärmschutzgründen dem Wunsch zur Verlegung des Überganges folgen, wird es auch einen Gestaltungsvorschlag für den Übergangsbereich geben.

Herr Rückert bietet ausdrücklich den Bürgern die Teilnahme an der für den 9. März 2011 anberaumten Einwohnerversammlung in See an, bei der nochmals alle Standpunkte und Meinungen gehört und aufgenommen werden. Erst mit dieser Meinungsbildung wird es möglich sein, eine Variante für den Bahnübergang in die nähere Erwägung zu ziehen.

Frau Lorenz wendet sich an die anwesenden Gäste und stellt Folgendes klar: Der Stadtrat sitzt nicht hier, um die Anwohner mutwillig zu schädigen. Das Problem in See ist eines von vielen entlang der Bahnstrecke und der Bahnausbau stellt keine Lösung für den Moment dar. Ist eine Verbesserung des Lärmschutzes möglich, kann die Verlegung des Übergangs durchaus sinnvoll sein, und die Abwägung aller Vor- und Nachteile ist legitim. Der Stadtrat macht sich die Entscheidung nicht leicht und prüft intensiv, welche Lösung für die gesamte Bürgerschaft die beste ist.

Die Bürgerfragestunde wird beendet und der überwiegende Teil der Anwesenden verlässt die Sitzung.

TOP 3 Sachstand Haushalt 2011

Frau Hoffmann erläutert den aktuellen Sachstand in Vorbereitung des Haushaltes 2011. Die Planzahlen für die Gewerbesteuer und Einkommenssteuer wurden nochmals zugunsten der Stadt korrigiert. Die Schlüsselzuweisungen - vor allem für die Jahre 2013 und 2014 - werden sich dagegen rapide rückläufig bewegen. Die noch einmal notwendigen größeren Veränderungen bei den Personalaufwendungen liegen in der Doppikeinführung begründet. So wurde nun die Höhe der Rückstellungen für die Altersteilzeitverträge ermittelt und diese werden auch in der Eröffnungsbilanz dargestellt.

In der letzten Zeit konnten mehrere Kredite umgeschuldet werden, die Rückläufigkeit der Zinsen wirkt sich positiv auf den Haushalt aus. Die verbesserte Steuerkraft der Kommune führt aber gleichzeitig zu einer Anhebung der Kreisumlage. Insgesamt kann für den Haushalt ein positiver Saldo prognostiziert werden, auch wird die Stadt gegenüber der Rechtsaufsicht nachweisen können, dass sie ihren Verpflichtungen nachkommt und die Zuführungsrate erfüllt wird.

Die Maßnahmeplanung musste noch einmal überarbeitet und Investitionsmaßnahmen korrigiert werden. Die Investitionstätigkeit wird gegenüber den vorangegangenen Jahren in wesentlichen Teilen reduziert, und mehrere Vorhaben können nicht realisiert werden. Es sind eindeutig Prioritäten zu setzen. Eine nochmalige Haushaltskonsolidierung ist nicht darstellbar, da kein Einsparpotenzial mehr vorhanden ist.

Die um 118.000 EUR gestiegene Steuerkraftmesszahl wirkt sie sich leider negativ auf die Schlüsselzuweisungen aus. Die allgemeine Schlüsselzuweisung verringert sich nun um 300.000 EUR und die investive Zuweisung um 291.000 EUR.

Herr Giese verweist auf die geplante Kreisumlage in Höhe von 31 %, die der Kreistag aber noch nicht beschlossen hat. Gibt es hier eventuell noch eine kleine Reserve?

Herr Rückert: Die vom Bund beschlossenen Änderungen der SGB II-Regelungen haben auch Auswirkungen auf die Landkreise, ob noch für 2011 oder erst für 2012 ist noch nicht sicher.

Herr Giese möchte wissen, mit welcher Verbindlichkeit der Plan 2011 gerechnet werden kann.

Frau Hoffmann: Die Maßnahmeplanung ist für 2011 relativ verbindlich; zumindest für die Vorhaben, für die bereits Fördermittelbescheide vorliegen.

TOP 4 - 10

Beschluss Nr. 9/2011

Beschluss des Stadtrates der Großen Kreisstadt Niesky zur Bestätigung des Beschlusses des Technischen Ausschusses über die Stellungnahme der Großen Kreisstadt Niesky zur Auslegung von Planunterlagen für das Anhörungsverfahren zur Planfeststellung nach § 18 AEG für das Bauvorhaben "Ausbau und Elektrifizierung der Bahnstrecke Knappenrode - Horka - Grenze (D/PL), Genehmigungsabschnitt 2 b (km 22.300 - km 29.900)

Herr Bachmann: Am 25. Februar wurde die Stellungnahme der Stadt Niesky zum Bauvorhaben Bahnausbau bei der Landesdirektion eingereicht. Zuvor wurden diese im Technischen Ausschuss ausführlich beraten. In einigen Punkten wurde das Veto der Stadt nochmals präzisiert, das betrifft unter anderem den Standort der Schotteraufbreitungsanlage und den Schallschutz für die Gleise 3 und 4 am Bahnhof.

Der Beschluss wird mit 17/0/0 verabschiedet:

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Niesky nimmt den Beschluss Tischvorlage Nr. 3/2011 des Technischen Ausschusses des Stadtrates der Großen Kreisstadt Niesky vom 21. 02. 1011 über die Stellungnahme der Großen Kreisstadt Niesky zur Auslegung von Planunterlagen nach § 18 AEG für das Bauvorhaben "Ausbau und Elektrifizierung der Bahnstrecke Knappenrode - Horka - Grenze (D/PL), Genehmigungsabschnitt 2 b (km 22,300 - km 29,900) zur Kenntnis.

Beschluss Nr. 10/2011

Anpassung der Öffnungszeiten des Zentralen Schulhorts

Frau Hoffmann: Ausschlaggebend für die Änderung der Öffnungszeiten im Zentralen Hort war ein Brief der Eltern der zukünftigen Erstklässler. Die Eltern fragten an, ob eine Verlängerung der Betreuungszeiten bis 16.30 Uhr möglich sei. Das Thema wurde mit der Leitung des Zentralen Horts beraten; organisatorische Probleme wurden dabei nicht gesehen. Mit der Einführung eines Spätdienstes soll den berufstätigen Eltern entgegen gekommen werden. Die verlängerten Öffnungszeiten werden keine Auswirkungen auf die Hortbeiträge haben.

Herr Kagelmann erkundigt sich, wann die Eltern den Aufnahmebescheid für ihre Kinder erhalten werden.

Frau Hoffmann: Nach dem Elternabend werden die Familien im Mai/Juni die verbindlichen Verträge bekommen.

Auf Herrn Simmanks Frage, ob die Öffnungszeiten auch in den Ferien gelten, antwortet Frau Hoffmann, dass für diese Zeit ein Bedarfsplan erstellt wird. Die Eltern geben dabei ihre Wünsche an, und bisher gab es dabei nie Probleme.

Der Beschluss wird einstimmig mit 17/0/0 verabschiedet:

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Niesky beschließt die Anpassung der Öffnungszeiten des Zentralen Schulhortes der Stadt Niesky wie folgt:

Hort: 10.30 Uhr - 16.30 Uhr

Objekt Rote Schule, Ödernitzer Straße 16.

Alle weiteren Festlegungen der Beschlüsse Nr. 75/05, 76/08 sowie 33/09 bleiben bestehen.

Der Beschluss tritt mit Beginn des Schuljahres 2011/2012 am 22. August 2011 in Kraft.

Beschluss Nr. 11/2011

Veränderte Ladenöffnungszeiten an Sonntagen im Jahr 2011 in der Stadt Niesky

Herr Tauch: In Abstimmung mit dem Kultur- und Werbeverein sind für 2011 vier verkaufsoffene Sonntage vorgesehen und stehen jeweils in Beziehung zu einem besonderen Anlass. Die Rechtsverordnung ist von der Stadt öffentlich bekannt zu geben.

Die Frage von Herrn Adam nach der Bezeichnung des Lichtelfestes beantwortet Herr Barthel, dass der Verein für diesen Tag besondere Aktionen vorbereitet, die speziell das "Lichteln" zum Thema haben werden.

Herr Halke: Entsprechend dem Ladenschlussgesetz ist die Stadt Niesky als Naherholungsort eingestuft. Er fragt nun nach den besonderen Regelungen hierfür.

Herr Rückert: Mit dieser Ausnahmegenehmigung erhalten Bäckereien und Blumengeschäfte die Erlaubnis, an Sonntagen ihre Geschäfte bis zu 6 Stunden öffnen zu können. Die ortsansässigen Bäcker und Floristen ist deshalb die Öffnung nicht nur an diesen vier Sonntagen gestattet.

Mit 17/0/0 entscheiden die Stadträte:

1. Der Stadtrat beschließt die Termine für die verkaufsoffenen Sonntage in der Stadt Niesky, einschließlich aller Ortsteile, für das Jahr 2011. An folgenden Sonntagen dürfen die Verkaufsstellen der Stadt Niesky und der Ortsteile in Zeit von 12.00 bis 18.00 Uhr öffnen:

- a) Sonntag, dem 17. April 2011 (Frühlingsfest)*
- b) Sonntag, dem 18. September 2011 (Herbstfest)*
- c) Sonntag, dem 04. Dezember 2011 (Weihnachtsmarkt)*
- d) Sonntag, dem 18. Dezember 2011 (Lichtelfest)*

2. Die Termine sind durch Rechtsverordnung bekannt zu geben (siehe Anlage).

Beschluss Nr. 12/2011

Initiative zur Kennzeichenliberalisierung

Herr Rückert: Für die Wiedereinführung der ehemaligen Kfz-Buchstaben gibt es zwei Varianten. Zum einen könnte im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Landkreis die Wiederbenutzung des Kürzels NY auf den Weg gebracht werden. Zum anderen bestünde die Möglichkeit, über die Bundesländer eine gesetzliche Regelung zu initiieren.

Die Stadträte stimmen dem Beschluss mit 17/0/0 zu.

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Niesky beauftragt den Oberbürgermeister zur Aufnahme von Verhandlungen mit dem Landkreis Görlitz über die Möglichkeiten der Einführung des "Hanauer Modells", wodurch im Landkreis Görlitz weitere Kennzeichenkürzel ausgegeben werden können, mit dem Ziel, für die Stadt Niesky wieder die Buchstabenkombination NY einzuführen.

Beschluss Nr. 13/2011

Beschluss über die 1. Änderung des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Großen Kreisstadt Niesky

Herr Bachmann: Aus technischen Gründen ist eine zentrale Abwasserentsorgung im Bereich der Grundstücke Bautzener Straße 50 und 52 nicht möglich.

Die Stadtwerke haben bei der Stadt Niesky angefragt, ob für diesen Bereich eine Änderung des Abwasserkonzeptes möglich sei. Eine Änderung des Konzeptes bedarf der Zustimmung des Stadtrates.

Herr Konschak: Die Druckleitung verläuft relativ nah an den Grundstücken, die technischen Gegebenheiten verhindern aber einen Anschluss. Wie bewerten die betreffenden Familien diesen Sachverhalt?

Herr Bachmann: Die Stadtwerke haben ein technisches Gutachten erarbeiten lassen. Darin wurde festgestellt, dass eine Anbindung nur mit einem sehr großen Aufwand und hohen Kosten durchführbar wäre. Beide Grundstücke verfügen über eine dezentrale Abwasseranlage, und die Anwohner akzeptieren diese Dauerlösung.

Mit 17/0/0 bestätigt der Stadtrat:

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Niesky beschließt die 1. Änderung des Abwasserbeseitigungskonzeptes 2008 mit folgendem Inhalt:

Das auf den Grundstücken Bautzener Straße 50 und Bautzener Straße 52 anfallende Schmutzwasser ist über eine nichtöffentliche, dezentrale Schmutzwasseranlage (biologische Kleinkläranlage, Sammelgrube) zu sammeln, zu behandeln und zu entsorgen.

Beschluss Nr. 14/2011

Beschluss zur Änderung des Teilflächennutzungsplanes der Stadt Niesky im Bereich Niesky/OT See, Weiße Grube, an der S 121 (Kiessandgrube), Gemarkung Niesky, Flur 11, Flurstück 211/8

Herr Bachmann erläutert das Vorhaben. Für die Errichtung einer Biogasanlage im Bereich der Weißen Grube ist die Änderung des Teilflächennutzungsplanes und die Aufstellung eines Bebauungsplanes erforderlich.

Frau Beinlich befürchtet für die angrenzende Wohnbebauung erhebliche Geruchsbelästigungen.

Herr Rückert erklärt, dass es wie Silage riechen wird. Die Biogasanlage gast nicht nach außen aus; die Anlieferung erfolgt in geschlossenen Behältern.

Herr Giese verweist auf die Anlage in Sproitz; diese ist geruchsarm.

Herr Mrusek dagegen hat wegen der Geruchsentwicklung Bedenken und gibt einige Informationen zur Arbeitsweise der Ödernitzer Anlage.

Herr Adam fragt, ob die Firma Halke mit dem Gas versorgt werden soll.

Herr Rückert: Es ist noch nicht bekannt, ob es für die Wärme Abnehmer gibt; mit Sicherheit wird der Betreiber aber die Elektroenergie einspeisen können.

Herr Halke ergänzt, dass es nur einen Zuschuss für die Kraft-Wärme-Kopplung gibt, wenn auch die Wärme wirtschaftlich verwertet wird.

Abschließend hält der Oberbürgermeister fest, dass in dem öffentlichen Auslegungsverfahren die Träger öffentlicher Belange sowie die Bürger ihre Bedenken vorbringen können.

Mit 16/0/1 wird der Beschluss gefasst:

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Niesky beschließt die Änderung des Teilflächennutzungsplanes (TFNP) im Bereich Niesky/OT See, Weiße Grube, an der S 121 (Kiessandgrube).

Beschluss Nr. 15/2011

Beschluss über die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Biogasanlage Sandtagebau See" in Niesky/OT See (Gemarkung Niesky, Flur 11, Flurstück 211/8)

Dieser Beschluss wird mit 16/0/1 angenommen:

- 1. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Niesky beschließt die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes in Niesky/OT See.*
- 2. Die Festsetzungen des neuen vorhabenbezogenen Bebauungsplanes überlagern dabei die Festsetzungen des bisher gültigen Vorhaben- und Erschließungsplanes von 1993. Die Planungsinhalte des bisher gültigen Vorhaben- und Erschließungsplanes werden (außerhalb der Grenzen des neuen vorhabenbezogenen Bebauungsplanes) nachrichtlich übernommen.*
- 3. Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.*

Beschluss Nr. 16/2011

Eintragung einer Grundschuld

Herr Bachmann: Die Käufer haben ein städtisches Grundstück erworben und beabsichtigen darauf die Errichtung eines Einfamilienhauses. Aus verschiedenen Gründen sind die Käufer noch nicht im Grundbuch eingetragen, benötigen aber für einen zügigen Baubeginn einen Kredit. Aus diesem Grund soll eine Grundschuld zu Lasten der Stadt Niesky bestellt werden. Die Eintragung einer Grundschuld ist durch den Stadtrat und die Rechtsaufsicht zustimmungspflichtig.

Der Grundschuldeintragung stimmen die Stadträte mit 16/1/0 zu.

- 1. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Niesky beschließt, für folgendes Grundstück der Eintragung einer Grundschuld in das Grundbuch der Stadt Niesky zuzustimmen:
Gemarkung Niesky
Lage:
Nutzungsart:
Käufer:
Antrag: Eintragung einer Grundschuld in das Grundbuch der Stadt Niesky;*
- 2. Der Beschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde zur Grundschuldbestellung.*

Beschluss Nr. 17/2011

Beschluss über den Verkauf einer Grundstücksfläche im Wohngebiet Wiesenweg

Einstimmig mit 17/0/0 sprechen sich die Stadträte für den Grundstücksverkauf aus.

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Niesky beschließt den Verkauf der nachfolgenden Grundstücksfläche im Wohngebiet Wiesenweg:

*Nutzung: voll erschlossenes Wohnbauland, derzeit noch unbebaut
Preis Grund und Boden:
Erschließungskostenanteil:
Gesamtsumme:
Käufer:*

Anfragen/Anträge der Stadträte

Herr Giese: Der Kultur- und Traditionsverein See interessiert sich für die kostenlose Nutzung des ehemaligen Feuerwehrgebäudes am Postweg, hat aber auf seinen Antrag von der Stadt noch keine Antwort erhalten.

Herr Rückert erklärt, dass es für dieses Gebäude einen privaten Kaufinteressenten gibt.

Herr Bachmann ergänzt, dass eine weitere Vermietung nicht favorisiert wird, eine Lösung aber noch nicht gefunden wurde.

Herr Simmank bezieht sich zum wiederholten Mal auf den Zustand des sogenannten Bolzplatzes im Ortsteil Kosel. Der Zustand der Fläche ist katastrophal. Die Oberflächenbehandlung lässt zu wünschen übrig.

Herr Bachmann erklärt erneut, dass der Platz noch nicht abgenommen wurde. Die Anwuchsphase wird noch den ganzen Sommer andauern und im Moment hat dort noch niemand die Fläche zu nutzen. Die Firma hat dafür Sorge zu tragen, dass die Aufschüttungen stabilisiert werden.

Der Oberbürgermeister verabschiedet die Gäste und schließt die öffentliche Sitzung um 20.08 Uhr.

Rückert
Oberbürgermeister

Bote
Stadträtin

Adam
Stadtrat

Mrusek
Protokoll